



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/GV/08/2010) vom 16.12.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilfried Zurstraßen

Mitglieder

Herr Sven Asbahr

Herr Jürgen Cordts

Herr Peter Ehlers

Herr Wilfried Friese

Frau Antje Klein

Herr Arnold Lühr

Herr Uwe Manstein

Herr Henner Meckel

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Claudia Petersen

Herr Franz Schneklöth

Herr Sönke Stoltenberg

Herr Horst Wegner

Herr Dieter Winkler

Sachkundige/r

Herr Ulf Dallmann

Firma IPP

Gäste

Herr Hans-Herbert Buchholz

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Detlef Klose

Umweltbeiratsvorsitzender

Presse

Herr Norbert Zimmer

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Frau Hildegard Buchenau

Herr Wolfgang Mainz

Herr Dr. Malte Raetzell

Beginn:

20:00 Uhr

Ende

22:05 Uhr

Ort, Raum:

24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung überbringt eine Delegation der Pfadfinder der evangelischen Kirchengemeinde unter der Leitung von Herrn Moritz Keppel das Friedenslicht von Bethlehem.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 1. | Einwohnerfragestunde | |
| 2. | Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 09.11.2010 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 3. | Neugestaltung der Strandeingangsbereiche und der Fußgängerzone | SCHÖN/BV/199/2010 |
| 4. | Feststellung des Jahresabschlusses 2009 des Ortsentswässerungsbetriebes Schönberg / Holstein | SCHÖN/BV/187/2010 |
| 5. | Gebührenkalkulation 2011/2012 und Änderung der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Schönberg | SCHÖN/BV/176/2010 |
| 6. | Erstellung eines Wegeentwicklungskonzeptes | SCHÖN/BV/183/2010 |
| 7. | Aufstellungsbeschluss zum B-Plan Nr. 58 für den Bereich der Finnenhaussiedlung südlich der Straße Kuhlenkamp | SCHÖN/BV/197/2010 |
| 8. | Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des in Aufstellung befindlichen B-Planes Nr. 58 | SCHÖN/BV/198/2010 |
| 9. | 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr in der Gemeinde Schönberg / Holstein (KurAbgSa) | SCHÖN/BV/185/2010 |
| 10. | Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zur touristischen Zusammenarbeit in der Probstei; hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages | SCHÖN/BV/180/2010 |
| 11. | Umwandlung der Zivildienststelle im Kinder- und Jugendhaus | SCHÖN/BV/193/2010 |
| 12. | Bekanntgaben und Anfragen | |

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 09.11.2010 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen. Beschlüsse im nichtöffentlichen Sitzungsteil wurden nicht gefasst.

TO-Punkt 3: Neugestaltung der Strandeingangsbereiche und der Fußgängerzone Vorlage: SCHÖN/BV/199/2010

Der Bürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dallmann vom Planungsbüro IPP. Der Bürgermeister berichtet anschließend über den bisherigen Verfahrensgang und über das Abstimmungsgespräch mit dem Ministerium. Danach können die geplanten Pflasterflächen nicht gefördert werden, da Straßenbaumaßnahmen nach Auskunft des Ministeriums nicht förderfähig sind. Gefördert werden lediglich Maßnahmen zur touristischen Ortsbildverschönerung. Hierzu zählen beispielsweise touristische Wegweisungssysteme sowie Beleuchtungs- und Möblierungselemente. Der Bürgermeister verweist weiterhin auf eine Initiative des Gewerbevereins, mit der angeregt wird, die Fußgängerzone für den Durchgangsverkehr zu öffnen. Er erinnert daran, dass die Fußgängerzone seinerzeit mit Städtebauförderungsmitteln finanziert worden ist. Für diesen Zuschuss gebe es eine Bindungsfrist, innerhalb derer wesentliche Veränderungen mit dem Ministerium abgestimmt werden müssen, mit dem Ziel zu prüfen, ob die geplante Maßnahme mit dem Verwendungszweck vereinbar ist. Hier müsse geprüft werden, ob man sich noch innerhalb der Bindungsfrist bewege. Entscheidend sei hierbei, ob diese mit Fertigstellung der Fußgängerzone oder mit Abrechnung der Fußgängerzone zu laufen begonnen habe. Er bittet Herrn Dallmann, die Überplanungen vorzustellen.

Herr Dallmann stellt die Überplanungen anhand einer Planzeichnung vor.

1. Fußgängerzone

Da es sich bei dem „Blauen Band“ in erster Linie um ein Beleuchtungselement handelt, sei dieses grundsätzlich förderfähig und könne konzeptionell erhalten werden. Vorgeschlagen werde, das „Blaue Band“ bis zur Firma SKY durchzuziehen. Dies müsste dann kostenmäßig angepasst werden. Bei der Querung der Ostseestraße müsse man schauen, wie man hier in eine Umsetzung gehen könne. Er verweist insbesondere auf die Niveauanhebung. Ggf. wäre hier eine Low-Budget-Lösung denkbar, möglicherweise mit dem Know-how des Bauhofes. Auch den Bereich beim Kindheitsmuseum könne man ggf. mit Bordmitteln öffnen, ebenso wie das Pflanzbeet in der Bahnhofstraße. Zu der Idee des Gewerbevereins, den Anliegerverkehr in die Fußgängerzone hineinzuholen erklärt er, dass er die Sorge der Gewerbetreibenden verstehen könne. Hier müsse man aber, wie der Bürgermeister schon ausgeführt habe, rechtlich prüfen, was geht. Er könne sich eine Öffnung ggf. im Bereich der Einzelsitze gegenüber dem ehemaligen Lebensmittelgeschäft Muhs vorstellen. Hier wäre eine Aktivierung von Stellplätzen denkbar. Den Platz bei Schlecker könne man mit Leuchtmitteln akzentuie-

ren. Weitere Akzente könne man mit besonderem Mobiliar setzen. Er stellt hierzu einige Beispiele vor.

Der Bürgermeister bedankt sich für die Ausführungen und schlägt vor, auf Basis dieser Überarbeitung mit dem Tourismusreferat in einen Dialog zu treten. Er geht auf das Thema Ausbaubeitragspflicht ein. Dieses Thema stelle sich immer dann, wenn Maßnahmen über reine Verschönerungsmaßnahmen hinausgehen. Vor dem Hintergrund, dass man die Fußgängerzone im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms vor gar nicht allzu langer Zeit abgerechnet habe, sei sicherlich, auch wenn es rechtlich in Ordnung, ja sogar zwingend erforderlich wäre, eine Beitragserhebung kaum vermittelbar. Auch dieses müsse man in die Überlegungen mit einbeziehen. Er erkundigt sich, ob die Überplanungen so wie vorgestellt die Zustimmung finden und es stelle sich außerdem die Frage, ob die Option, die Fußgängerzone für Verkehre zu öffnen, mit abgeprüft werden soll.

Gemeindevertreter Stoltenberg ist der Auffassung, dass die Gemeinde vom Grundsatz her gar keine andere Chance hat, als kooperativ mit dem Tourismusreferat umzugehen. Wichtig sei ihm allerdings, dass das Ursprungskonzept nicht verstümmelt werde. Auch er sieht es so, dass der tatsächliche Abschluss der Fußgängerzone durch die Abrechnung im Grunde noch gar nicht so lange zurückliegt, so dass eine Beitragserhebung auf erhebliche Widerstände stoßen würde. Zum Thema „Öffnung für Verkehre“ erläutert er, dass aus seiner Sicht hierbei auch der ruhende Verkehr in die Überlegungen mit einbezogen werden müsse. Für eine Abwägung brauche man mehr Informationen. Grundsätzlich könne man die Idee aber rechtlich und planerisch mit abprüfen.

Der Bürgermeister sieht dies ebenso. Aus seiner Sicht mache es Sinn, auch einen Verkehrsplaner einzubinden. Diesem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

Gemeindevertreter Cordts erinnert daran, dass die EIS sich seinerzeit ein anderes Konzept gewünscht hätte. Nun habe man sich aber für dieses Konzept entschieden und deswegen sollte man dafür Sorge tragen, dass das Konzept auch so weitgehend wie möglich umgesetzt werden kann. Das „Blaue Band“ sei ein Kernobjekt dieses Konzeptes und müsse deshalb auf jeden Fall bestehen bleiben. Die Verlängerung bis zur Firma SKY halte er allerdings für problematisch. Man müsse sich dann ja entscheiden, auf welcher Seite man das „Blaue Band“ führt. Hier könnte es zu Problemlagen kommen. Die Fußgängerzone für Verkehre zu öffnen, könne aus seiner Sicht als eine weitere Variante mit abgeprüft werden. Auch nach seiner Auffassung müsse der ruhende Verkehr hierbei aber mit berücksichtigt werden. Er weist darauf hin, dass ein Bewilligungsbescheid selbstverständlich auch Folgen auslöse. Insofern müsse man offen sein für Umsetzungen, die realisierbar sind. Auf der anderen Seite müsse man aber auch dafür sorgen, dass bei allen Überplanungen das Ursprungskonzept nicht zerpfückt wird.

Gemeindevertreter Winkler befürwortet, das „Blaue Band“ bis zur Firma SKY weiterzuführen. Letztendlich habe das „Blaue Band“ ja auch die Funktion, die Kunden aus dem unteren Bereich in die Fußgängerzone hineinzulotsen. Die Öffnung für Verkehre könne auch aus seiner Sicht in die Überlegung miteinbezogen werden, aber ihm sei wichtig, dass der Fußgängerverkehr immer Vorrang habe. Er erinnert daran, dass seinerzeit im Fokus stand das „Blaue Band“ über die Ostseestraße hinwegzuführen und dem Querverkehr Vorrang vor dem Durchgangsverkehr einzuräumen. Er erkundigt sich, ob dieses auch weiterhin im Fokus steht.

Herr Dallmann erklärt, dass er dies vom Konzept her für elementarwichtig erachtet, aber die Botschaft aus dem Ministerium war klar, dass es sich hier um eine investive Maßnahme handelt, die die Gemeinde selbst finanzieren muss.

Gemeindevertreterin Petersen erkundigt sich, ob das „Blaue Band“ notwendigerweise auf der Erde geführt werden muss, oder ob man dies nicht irgendwie in die Höhe bringen könne. Dann hätte man den Bereich von der Bahnhofstraße in Richtung SKY unproblematisch abgedeckt.

Herr Dallmann erklärt, dass er dies sehr gern als Idee mitnehme.

Der Bürgermeister erinnert an den Antrag mit Gesamtkosten von 750.000 €. Aufgrund der Botschaft aus dem Ministerium, dass nicht alle Maßnahmen, die wünschenswert sind auch förderfähig sind, müsse man sich auf das konzentrieren was machbar ist. Wenn man dies mit dem Ministerium ausgelotet habe, werde die Gemeinde auf jeden Fall auch noch eine Gesprächsrunde mit dem Gewerbeverein einläuten.

Gemeindevertreterin Petersen befürchtet, dass möglicherweise eine starke Abspeckung des Konzeptes die Chance auf Zuschüsse vom Grundsatz her mindern könnte.

Herr Dallmann erläutert, dass das Tourismusreferat bei den Projekten schon darauf achte, dass eine Attraktivitätssteigerung in einem touristischen Kontext zu den Strandeingangsbereichen erfolgt. Hier könne man eine Brücke schlagen durch die vorgeschlagenen Stelen als touristische Wegweiser.

Der Bürgermeister ergänzt, dass das Ministerium deutlich gemacht habe, dass hier auf jeden Fall etwas realisierbar ist, man müsse sich nur mit dem Ministerium auf eine Linie einigen. Er schlage vor, auf Basis der hier vorgestellten Überplanungen mit dem Ministerium in einen Dialog einzutreten. Sobald man eine Botschaft aus dem Ministerium habe, werde man eine Gesprächsrunde mit dem Gewerbeverein anberaumen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung stimmt zu, dass der Bürgermeister auf Basis der vorgestellten Überplanung mit dem Ministerium eine Abstimmung über förderfähige Maßnahmen erzielt.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 13	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Frau Morelis aus dem Publikum erhält das Wort. Sie sieht die „Felle der Anlieger wegschwimmen“. Man solle unbedingt Verkehre zulassen, um die Fußgängerzone zu beleben, damit die Geschäfte dort gesehen werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Gemeinde diesen Ball doch aber aufnehmen und auch in diesem Sinne mit dem Ministerium eine Abstimmung herbeiführen werde.

2. Strandeingangsbereiche

Herr Dallmann erläutert noch einmal aus planerischer Sicht die Hinweise, die die Ministeriumsvertreter gegeben haben. Man müsse hervorheben, was der Kunde mitnimmt, um an den Strand zu pilgern. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch der B-Plan, der im Bereich des jetzigen Campingplatzes eine Bebauung und damit auch eine touristische Nutzung im Erdgeschoss ermöglicht. Hier könne man deutlich machen, dass sich in dem Bereich die touristische Infrastruktur verdichtet. Er weist darauf hin, dass es zuschussrechtliche Probleme bei Mischnutzungen geben könne, dies müsse man mit dem Ministerium abstimmen. Im Bereich der Abzweigung des Seesternweges bis zum Deich schlägt er eine verbreiterte

Gehverbindung vor, genauso wie im Bereich Käptn's Gang bis zum Deich. Er erläutert kurz den Planbereich, der sich nach Aussage der Ministeriumsvertreter allenfalls auf den Bereich zwischen Seesternweg und Deich unter dem Gesichtspunkt der Förderfähigkeit erstrecken kann.

Der Bürgermeister erkundigt sich, ob dies die Zustimmung der Gemeindevertreter findet.

Gemeindevertreter Winkler erklärt, dass es sich vom Parkplatz Kalifornien zu der Abzweigung Seesternweg lediglich um 20 Meter handelt, die dann nicht gestaltet würden. Er erkundigt sich, ob es nicht möglich sei, die Gestaltung um 20 Meter zu verlängern.

Der Bürgermeister erläutert, dass man dieses sicherlich gerne versuchen könne, aber die klare Aussage des Ministeriums war, dass sogar eher weniger als förderfähig angesehen wird. Er selbst würde auch am liebsten das Gesamtkonzept einschließlich Parkplatz realisieren, aber man müsse auch sehen, was geht. Das Ministerium fördert ganz klar keinen Straßenausbau.

Gemeindevertreter Stoltenberg beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung um 21.00 Uhr.

Die Sitzung wird um 21.05 Uhr fortgesetzt.

Gemeindevertreter Stoltenberg erläutert, dass die gesamte Planung immer nur unter dem Zeichen von touristischen Maßnahmen stand, mit dem Ziel, die Strandbereiche für den Gast attraktiver zu machen. Nur das stand im Vordergrund und nicht etwa Straßenausbaumaßnahmen. Man habe jetzt mit der Fußgängerzone „eine Kröte geschluckt“, nicht das umsetzen zu können, was man für wichtig und erforderlich zu einer nachhaltigen Attraktivitätssteigerung hält. Wenn man jetzt das Konzept in den Strandbereichen so abspeckt wie vorgeschlagen, dann bleibe aus seiner Sicht von dem eigentlichen Konzept nicht mehr viel übrig. Insbesondere der Schönberger Strand ist für ihn ganz klar ein Aushängeschild auch in ganz Schleswig-Holstein. Von daher verfolge die Gemeinde hier eine bestimmte Linie, von der man sich nicht abbringen lassen sollte, und die sie weiterhin vertreten sollte. Nur so könne man Erfolg haben. Der Appell der CDU sei daher, hier noch einmal deutlich auf das Ministerium einzuwirken. Die Angelegenheit sei einfach zu wichtig, denn hier handelt es sich um ein touristisches Highlight, das Schönberg in die nächsten 50 Jahre bringen kann.

Gemeindevertreter Cordts sieht es vom Grundsatz her ähnlich, letztendlich habe man durch die überarbeitete Planung nicht viel gewonnen. Es handele sich um Stückwerk. Gerade die Strandbereiche aber müssen attraktiver für die Gäste gemacht werden. Hier zerstückele man gute Konzepte. Seiner Auffassung nach sollte man die Vorstellung am heutigen Abend erst einmal sacken lassen, in den Fraktionen beraten und dann in der Gemeindevertretung im Januar erneut beraten. Die Angelegenheit sei in der Tat zu wichtig, als dass man sie heute entscheiden sollte.

Gemeindevertreter Winkler erklärt, dass wohl sicherlich jeder Gemeindevertreter lieber das Ursprungskonzept umsetzen möchte, aber die Aussagen des Ministeriums sind klar. Man dürfe im übrigen nicht vergessen, dass es keine 100 %ige Förderung gibt, sondern für jede Maßnahme, die gefördert wird, müsse die Gemeinde auch Eigenkapital einsetzen.

Gemeindevertreter Wegner schlägt vor, an die Landtagsabgeordneten heranzutreten, um diese für das Projekt um Unterstützung zu bitten.

Gemeindevertreter Stoltenberg greift den Vorschlag auf und erklärt, dass er dies für eine sehr gute Idee hält. Er schlägt vor, die Landtagsabgeordneten Frau Langner, Herrn Kalinka und Herrn Sönnichsen zur nächsten Gemeindevertreterversammlung einzuladen.

Der Bürgermeister hält dies nicht für eine so gute Idee. Die Gemeinde müsse doch erst einmal selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Erst dann sollte man eine breite Unterstützung organisieren.

Gemeindevertreter Cordts ist ebenfalls der Auffassung, dass man die Landtagsabgeordneten aus den Gremien der Gemeinde heraushalten solle. Man könne sicherlich um Unterstützung bitten, aber dies sollte man außerhalb der gemeindlichen Gremien tun.

Die Gemeindevertretung stimmt einvernehmlich zu, das Thema „Strandeingangsbereiche“ zunächst zu vertagen und die Angelegenheit in der Sitzung der Gemeindevertretung am 11.01.2011 erneut zu thematisieren.

**TO-Punkt 4: Feststellung des Jahresabschlusses 2009 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein
Vorlage: SCHÖN/BV/187/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Gemeindevertretung fasst zum Jahresabschluss 2009 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein folgenden

Beschluss:

1. Der Prüfbericht über die Jahresabschlussprüfung 2009 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg/Holstein wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2009 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein wird bei einer Bilanzsumme in Aktiva und Passiva von 18.179.761,17 EUR in der geprüften Fassung festgestellt.
3. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2009, die mit einem Jahresverlust in Höhe von 1.896,95 EUR abschließt, wird festgestellt.
4. Der Jahresverlust wird durch die Zahlung von 1.896,95 EUR von der Gemeinde Schönberg an den Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein ausgeglichen (Verlустаusgleich). Die bereits geleistete Zahlung in Höhe von 24.285,02 EUR wird mit dem Anspruch auf Verlostausgleich verrechnet.
5. Der nach der Verrechnung bestehende Anspruch auf Erstattung der Gemeinde Schönberg gegenüber dem Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein in Höhe von 22.388,07 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen und ist im Haushaltsjahr 2011 durch Zahlung an die Gemeinde Schönberg auszugleichen.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 5: Gebührenkalkulation 2011/2012 und Änderung der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Schönberg
Vorlage: SCHÖN/BV/176/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung stimmt der ihr vorgelegten Gebührenkalkulation der COMUNA vom 09.11.2010 für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Schönberg mit den darin enthaltenen Festsetzungen und Ermessensentscheidungen zu.
2. Als Aufteilungsverhältnis zwischen Grund- und Zusatzgebühr wird weiterhin der Wert von 20 zu 80 vorgesehen.
3. Die Gemeindevertretung beschließt den 5. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Schönberg/Holstein gemäß Entwurf (Anlage).

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 6: Erstellung eines Wegeentwicklungskonzeptes
Vorlage: SCHÖN/BV/183/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Tischvorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt das Wegeentwicklungskonzept vom 07.04.2010.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 7: Aufstellungsbeschluss zum B-Plan Nr. 58 für den Bereich der Finnenhaussiedlung südlich der Straße Kuhlenkamp
Vorlage: SCHÖN/BV/197/2010**

- Tischvorlage -

Der Bürgermeister verweist auf die Tischvorlage, die das Ergebnis einer intensiven Beratung im letzten Bauausschuss war. Er kündigt an, dass in der Sitzung in der Gemeindevertretung am 11.01.2011 für den nördlichen Bereich der Aufstellungsbeschluss und die Veränderungssperre auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 58 für das Gebiet der Finnenhaussiedlung südlich der Straße Kuhlenkamp (Grundstücke Kuhlenkamp 1 – 27 (ungerade Hausnummern), Hans-Sachs-Straße, Theodor-Storm-Straße, Fritz-Reuter-Straße, Klaus-Groth-Straße, Gorch-Fock-Straße und Straße Am alten Bahnhof).

Es sind folgende Planungsinhalte vorgesehen: Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan entwickelt, es wird ein WA-Gebiet ausgewiesen. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes soll die bauliche und gestalterische Entwicklung der Finnenhaussiedlung gesteuert werden, der ursprüngliche Charakter des Siedlungsgebietes soll durch entsprechende Festsetzungen erhalten werden.

Das Plangebiet ist aus der Anlage ersichtlich.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 8: **Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des in Aufstellung befindlichen B-Planes Nr. 58**
Vorlage: SCHÖN/BV/198/2010

- Tischvorlage -

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt den Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 58 gemäß anliegenden Entwurf.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 9: **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr in der Gemeinde Schönberg / Holstein (KurAbgSa)**
Vorlage: SCHÖN/BV/185/2010

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Erläuterungsbedarf besteht nicht.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die „2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr in der Gemeinde Schönberg / Holstein“ in der Fassung des vorgelegten Entwurfes.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 10: Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zur touristischen Zusammenarbeit in der Probstei; hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: SCHÖN/BV/180/2010

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage, erinnert an den bisherigen Verfahrensgang und verweist auf die Vorberatungen im Wirtschaftsausschuss. Erläuterungsbedarf besteht nicht.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt den Gesellschaftsvertrag zur Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zur touristischen Zusammenarbeit in der Probstei gemäß Entwurf (Anlage zur Niederschrift).

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Umwandlung der Zivildienststelle im Kinder- und Jugendhaus
Vorlage: SCHÖN/BV/193/2010

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Sozialausschuss. Erläuterungsbedarf besteht nicht.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt, die Zivildienststelle der Gemeinde Schönberg im Kinder- und Jugendhaus mit der Aussetzung des Zivildienstes in eine Stelle des Bundesfreiwilligendienstes umzuwandeln und die dafür notwendigen Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Bekanntgaben und Anfragen

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 21.25 Uhr.

Die Gäste und der Pressevertreter verlassen den Sitzungssaal.

gesehen:

Wilfried Zurstraßen
- Bürgermeister -

Angela Grulich
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -